

Der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist nach dem leichten Rückgang im dritten Quartal wieder gestiegen (vgl. Abb. 1). Während die Urteile zur aktuellen Lage nur minimal positiver ausfielen, ist der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate hingegen spürbar optimistischer (vgl. Abb. 3). Mit 98,6 übertraf der Indikator seinen langfristigen Durchschnitt von 96,0 (1997–2012) und erreichte seinen höchsten Wert seit Ende 2010. Die Erholung der Weltwirtschaft rückt näher, wenn auch mit großen Unterschieden in den verschiedenen Wirtschaftsregionen. Auffallend ist vor allem die konjunkturelle Verbesserung in vielen Industrieländern, während Schwellenländer, wie insbesondere die lange Zeit boomenden BRICS-Länder, eine langsamere Gangart beim Wachstum einzuschlagen scheinen.

Die wichtigsten Ergebnisse

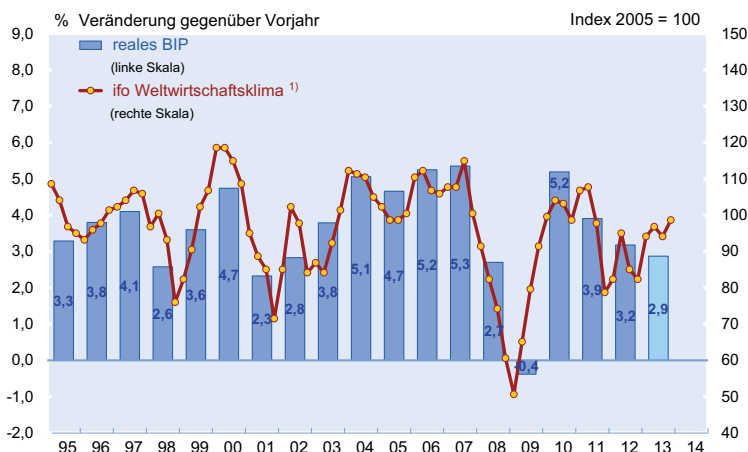
- Die aktuelle Lage verbesserte sich in *Europa* und *Asien*. In den anderen Weltregionen gab es kleinere Abwärtsrevisionen in Bezug auf die derzeitige Wirtschaftslage.
- Die *Konjunkturerwartungen für die kommenden sechs Monate* sind deutlich optimistischer.
- Der *erwartete Preisanstieg* für das Jahr 2013 bleibt mit 3,2% unverändert gegenüber dem Vorquartal.
- Der *Anstieg der langfristigen Zinsen* rückt nach Ansicht der WES-Experten näher.
- Im weltweiten Durchschnitt erwarten die Wirtschaftsexperten einen Wertzuwachs des *US-Dollar* im nächsten halben Jahr.

Konjunkturentwicklung in den Weltregionen

Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum ist weiter gestiegen und

übertraf erstmals seit Ende 2011 wieder seinen langfristigen Durchschnitt (vgl. Abb. 2). Auch wenn sich die aktuelle Lage im *Euroraum* etwas aufgehellt hat, wird sie weiterhin als ungünstig angesehen. Eine hohe Arbeitslosigkeit, öffentliche Haushaltsdefizite und fehlende Nachfrage machen nach wie vor vielen Ländern zu schaffen (vgl. Tab. 1). Der konjunkturelle Ausblick für die nächsten sechs Monate ist hingegen deutlich optimistischer als noch vor drei Monaten. Die Erwartungen liegen auf dem höchsten Stand seit rund drei Jahren. Das gute Ergebnis kommt aber vor allem aufgrund der Meldungen aus *Deutschland* zustande, das als wirtschaftlich bedeutendste Land viel Gewicht hat. Die aktuelle Wirtschaftslage änderte sich in *Griechenland, Italien, Portugal, Spanien* und *Zypern* gegenüber dem Vorquartal kaum und bleibt in diesen Ländern auf Krisenniveau. In *Irland, Slowenien* und den *Niederlanden* verschlechterte sich die Situation den befragten Experten zufolge wieder etwas. Die aktuellen Konjunk-

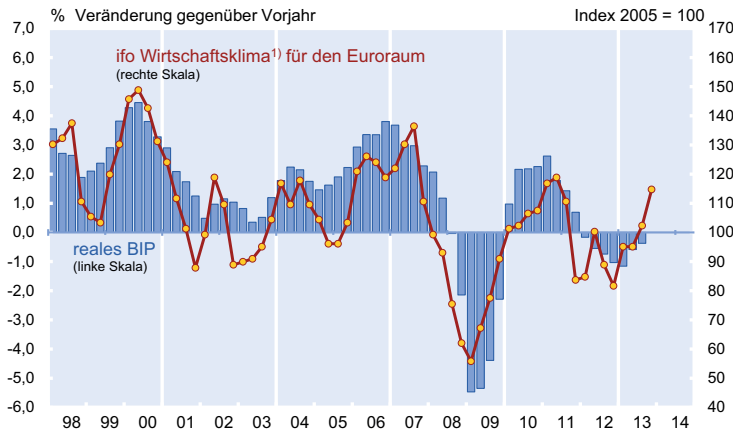
Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



¹ Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
Quelle: IWF, World Economic Outlook Oktober 2013; Ifo World Economic Survey (WES) IV/2013.

¹ Im Oktober 2013 hat das ifo Institut zum 122. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« – kurz WES – bei 1 091 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 120 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Wertseinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer (ICC) in Paris durchgeführt.

Abb. 2
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum



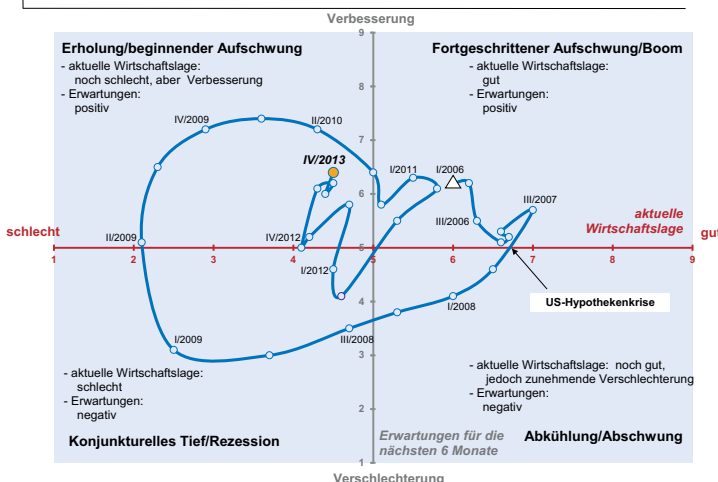
¹⁾ Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Eurostat, Ifo World Economic Survey (WES) IV/2013.

Box 1
ifo Konjunkturuhr und das ifo Weltwirtschaftsklima

Die ifo Konjunkturuhr für das ifo Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus. Nach den Ergebnissen im Oktober ist der ifo Indikator für das Weltwirtschaftsklima im vierten Quartal leicht gestiegen. Sowohl die Beurteilungen zur aktuellen Lage als auch, in einem größeren Ausmaß, die Konjunkturerwartungen sind positiver als im Vorquartal. Der Indikator zeigt eine klare Aufwärtsbewegung im beginnenden Aufschwungsquadranten. Die Weltwirtschaft erholt sich in kleinen Schritten.

ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2013.

Das ifo Weltwirtschaftsklima ist das arithmetische Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vierquadrantenschema dargestellt werden (»ifo Weltkonjunktur«). Auf der Abszisse der Konjunktur- uhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine zufriedenstellende Beurteilung der Lage (5) bzw. eine unveränderte Einschätzung der Erwartungen (5) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, welche die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

turbewertungen für *Belgien*, *Finnland* und *Frankreich* hellten sich im Vergleich zum Vorquartal zwar etwas auf, zeugen aber dennoch von einer schwachen wirtschaftlichen Verfassung. Auch in *Österreich* liegen die Urteile zur derzeitigen Wirtschaftslage weiterhin unter der Marke »zufriedenstellend«. Lediglich für *Deutschland* – wo sich die Situation weiter verbessert hat – und *Estland* bescheinigen die befragten Wirtschaftsexperten nach wie vor eine befriedigende bis gute konjunkturelle Lage. In *Deutschland* verbesserten sich im Vergleich zur WES-Umfrage im Juli vor allem die Perspektiven für Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Generell herrschen hier derzeit keine besonders dringenden wirtschaftlichen Probleme vor, außer dem »Fachkräftemangel«, der als mäßig bedeutend erachtet wird. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate hellten sich mit Ausnahme von *Belgien* und *Luxemburg* in allen Ländern des *Euroraums* stark auf. Einzig in *Zypern* sind die Konjunkturerwartungen trotz einer Besserung nicht im positiven Bereich. Die mittelfristigen wirtschaftlichen Wachstumsperspektiven im *Euroraum* für die nächsten drei bis fünf Jahre werden von den WES-Experten zuversichtlicher eingeschätzt als vor Jahresfrist (1,3% im Vergleich zu 1,0%).

In den Ländern Westeuropas außerhalb des *Euroraums* bleiben die wirtschaftlichen Entwicklungen heterogen. In *Schweden* und der *Schweiz* gibt es keine großen Veränderungen zum Vorquartal, und die gegenwärtige wirtschaftliche Situation bleibt im Großen und Ganzen günstig und die wirtschaftlichen Aussichten positiv. In *Dänemark* und dem *Vereinigten Königreich* verbesserte sich zwar die aktuelle wirtschaftliche Lage im Vergleich zur Juli-Umfrage, sie bleibt aber insgesamt ungünstig. In *Dänemark* schwächeln derzeit vor allem private Konsumausgaben. Als das gegenwärtig wichtigste wirtschaftliche Problem wird hier die unzureichende Nachfrage angesehen. Im Gegensatz dazu berichten die WES-Experten im *Vereinigten Königreich* vor allem von schwachen Investitionsausgaben, und sie sehen öffentliche Defizite als das dringendste Problem ihrer Wirtschaft. In *Norwegen* setzte sich der rückläufige Trend in den Bewertungen zur derzeitigen Wirtschaftslage und auch in den Perspektiven für die nächsten sechs Monate fort. Während die gegenwärtige wirtschaftliche Situation al-

Tab.1
Rangfolge der drei bedeutendsten wirtschaftlichen Probleme

	Welt	West-Europa	Nordamerika	Lateinamerika	Ozeanien	Asien	Naher Osten	Afrika	Mittel- u. Osteuropa	GUS
Mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung	1		3	2		1			3	2
Unzureichende Nachfrage	3.5	3			2				1.5	
Arbeitslosigkeit	3.5	1	2		3		2.5	1	1.5	
Mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit				1	1			2		1
Mangel an Fachkräften				3		3	1	3		3
Haushaltsdefizite	2	2	1			2				
Kapitalknappheit							2.5			

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2013.

les in allem weiterhin günstig bleibt, sind die Konjunkturerwartungen nun deutlich negativ und signalisieren eine Verschlechterung in den nächsten sechs Monaten. Nach Meinung der befragten Experten behindert die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit Norwegens Wirtschaft.

In **Nordamerika** kam der Anstieg des Wirtschaftsklimaindixators in diesem Quartal zum Erliegen. Der Index fiel auf 88,7 und damit wieder unter seinen langfristigen Durchschnitt (91,3; 1997–2012). Während die wirtschaftlichen Erwartungen zuversichtlich bleiben, sind die Beurteilungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage weniger positiv als noch vor drei Monaten. In den **USA** wurden sowohl die Einschätzungen zur derzeitigen Lage als auch die Konjunkturerwartungen im Vergleich zur vorherigen Umfrage etwas zurückgestuft. Der »Government Shutdown«, der in den Erhebungszeitraum fiel, war offenbar ein belastender Faktor. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate bleiben trotz eines kleinen Rückgangs aber weiter aufwärts gerichtet. Die WES-Experten gaben als derzeit wichtigste wirtschaftliche Probleme »öffentliche Defizite«, »mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung« und »Arbeitslosigkeit« an. In **Kanada** verschlechterte sich die aktuelle wirtschaftliche Lage etwas, bleibt aber insgesamt zufriedenstellend. Die wirtschaftlichen Aussichten folgen weiterhin einem Aufwärtstrend und signalisieren eine weitere Verbesserung in den nächsten Monaten. *Kanadische* Experten empfinden den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als das momentan dringendste Problem für ihr Land.

Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima in **Asien** kletterte nach seinem starken Rückgang im Juli auf nun 98,2 und übertraf damit seinen langjährigen Durchschnitt von 90,0 (1997–2012). Die derzeitige Wirtschaftslage erholte sich wie-

der und erreichte erneut ein zufriedenstellendes Niveau. Auch die Konjunkturaussichten sind im Vergleich zum Vorquartal positiver und deuten auf eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Leistung in den nächsten sechs Monaten hin. Mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung wurde in der Region am häufigsten als das derzeit bedeutendste wirtschaftliche Problem genannt, dicht gefolgt von öffentlichen Defiziten. Fachkräftemangel folgt im Ranking mit etwas Abstand. In *China, Japan* und *Sri Lanka* revidierten die WES-Experten ihre Bewertungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation gegenüber der Juli-Umfrage nach oben und berichten über eine zufriedenstellende Konjunktur. In *Japan* stehen öffentliche Defizite an erster Stelle der derzeit wichtigsten wirtschaftlichen Probleme. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung von aktuell 5% auf 8% im April 2014 dürfte dem Schuldenabbau helfen. Allerdings wird sie auch zu Vorzieheffekten bei Kaufentscheidungen und zu Unsicherheiten über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung führen. Der unterbewertete Yen dürfte in den nächsten sechs Monaten zur weiteren Expansion der Exporte beitragen. Die Konjunkturerwartungen in allen diesen Ländern hellten sich im Vergleich zur Umfrage im Juli – vor allem in *China* – auf, und die WES-Experten blicken optimistisch auf die wirtschaftliche Aktivität in den nächsten sechs Monaten. In *Singapur* und *Indonesien* herrscht weiterhin eine zufriedenstellende wirtschaftliche Situation vor, die sich voraussichtlich auf dem derzeitigen guten Niveau im nächsten halben Jahr stabilisieren dürfte. In *Bangladesch, Hongkong* und den *Philippinen* meldet die Mehrheit der befragten Experten eine gute Wirtschaftslage. Der private Konsum ist in diesen Ländern im Moment die wichtigste treibende Kraft. Die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen neigen in *Bangladesch* dagegen zur Schwäche. Auch die Inflationsrate wird hier problematisch gesehen: Bis Ende dieses Jahres zählt sie mit ge-

Abb. 3
Wirtschaftliche Lage



Quelle: ifo World Economic Survey (WES) IV/2013.

schätzten 8% zu den höchsten in der Region. Hinsichtlich des Sechs-Monatsausblicks behalten die WES-Experten in den vorher genannten Ländern ihre Zuversicht bei. Auf den *Philippinen* sind sie jedoch etwas weniger positiv als vor drei Monaten. In *Malaysia* vollzog sich den Umfrageteilnehmern zufolge die stärkste Eintrübung im Wirtschaftsklima. Hier liegen sowohl die Bewertungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation als auch die Konjunkturerwartungen im ungünstigen Bereich. Die derzeit dringendsten wirtschaftlichen Probleme sind »Mangel an qualifizierten Arbeitskräften« und »öffentliche Defizite«, so die befragten Experten. In *Südkorea*, *Thailand* und *Vietnam* herrscht weiterhin eine ungünstige wirtschaftliche Situation. Während sich in *Thailand* und *Südkorea* die Wirtschaftslage innerhalb der nächsten sechs Monate voraussichtlich verbessern sollte, dürfte in *Vietnam* nach Meinung der befragten Experten die derzeit schwache Wirtschaftsleistung fortbestehen. In *Indien* und *Taiwan* verschlechterten sich die Urteile zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage und zeugen von einer schwachen wirtschaftlichen Verfassung. Während *Indien* vor allem unter einer hohen Inflationsrate leidet, erachten die befragten Wirtschaftsexperten in *Taiwan* das mangelnde Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung als gegenwärtig wichtigstes wirtschaftliches Problem. Im Hinblick auf den weiteren Konjunkturverlauf in den nächsten sechs Monaten erwarten in beiden Ländern mehr WES-Experten als in der vorangegangenen Erhebung eine leichte Verbesserung.

In **Mittel- und Osteuropa** setzte der Wirtschaftsklimaindikator seinen Anstieg fort. Der Indikator kletterte um 15 Indexpunkte auf 89,1 und liegt damit leicht über dem 15-Jahresdurchschnitt 85,4 (1997–2012). Der Anstieg des Indikators war primär das Ergebnis der aufgehellten Konjunkturaussichten. Die Beurteilungen zur aktuellen Lage verbesserten sich zwar auch, aber weniger stark, und bleiben damit in ungünstigem Terrain. Die für die Region wichtigsten wirtschaftlichen Probleme sind den WES-Experten zufolge eine unzureichende Nachfrage sowie Arbeitslosigkeit, gefolgt von mangelndem Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung. In *Litauen* verbesserte sich die gegenwärtige wirtschaftliche Situation weiter und wird insgesamt als gut bewertet. Die Konjunkturerwartungen sind wieder optimistischer und verweisen auf einen anhaltenden Aufwärtstrend in den kommenden sechs Monaten. Das Wirtschaftsklima in *Lettland* trübte sich aufgrund weniger positiver Einschätzungen der derzeitigen Wirtschaftslage wie auch vorsichtigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate ein. Dennoch herrscht insgesamt eine zufriedenstellende Gesamtsituation mit einem weiteren positiven Ausblick. Im Januar 2014 wird *Lettland* den *Euro* als Zahlungsmittel einführen. In *Bulgarien*, *Ungarn*, *Polen* und *Rumänien* wird die aktuelle Situation von den Wirtschaftsexperten als ungünstig beschrieben. In *Tschechien* wurde die gegenwärtige wirtschaftliche Situation zwar etwas besser als vor drei Monaten beurteilt, dennoch erreichte die wirtschaftliche Leistung den WES-Ex-

perten zufolge immer noch kein befriedigendes Niveau. In den vorher genannten Ländern gelten vor allem die Investitionstätigkeit und der private Konsum als schwach. Insgesamt äußerten die befragten Experten aber im Hinblick auf die Sechs-Monats-Konjunkturaussichten mehr Zuversicht und erwarten, dass insbesondere die Exportwirtschaft in diesem Zeitraum stark expandiert. In *Kroatien*, dem neuen Mitglied der Europäischen Union seit Juli, gibt es keine Veränderung zum Besseren: Alle befragten Wirtschaftsexperten bestätigten zum fünften Mal in Folge wieder einstimmig die schlechte Wirtschaftslage ihres Landes. Auf der anderen Seite drehten die Konjunkturerwartungen ins Positive, was auf eine wirtschaftliche Verbesserung in den nächsten sechs Monaten hindeutet. In den *mittel- und osteuropäischen* Ländern außerhalb der EU verbesserte sich das Wirtschaftsklima aufgrund weit positiverer Konjunkturaussichten im Vergleich zur Juli-Umfrage. Die Beurteilungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage bleiben jedoch gedämpft. Dies gilt insbesondere für *Albanien*, *Bosnien* und *Herzegowina* sowie auch für *Serbien*, obgleich hier einige Korrekturen nach oben unverkennbar sind. Allerdings sind die WES-Experten ziemlich züversichtlich im Hinblick auf die nächsten sechs Monate und erwarten eine Verbesserung der Situation in diesen Ländern. Nur in *Bosnien* und *Herzegowina* bleiben die Befragten vorsichtig und sehen dort keine wesentliche positive Veränderung in den nächsten sechs Monaten.

Der ifo Wirtschaftsklimaindikator für die **GUS-Staaten** (*Russland*, *Ukraine*, *Kasachstan*, *Kirgisien*, *Usbekistan* und *Armenien*) ist zum dritten Mal in Folge gesunken. Beide Komponenten des Wirtschaftsklimas – die gegenwärtige Lage und die wirtschaftlichen Erwartungen – gingen im gleichen Umfang zurück. Der Indikator für die *GUS* fiel damit auf seinen niedrigsten Stand seit Ende 2009. Wie in früheren Umfragen liegen die wirtschaftlichen Probleme überwiegend in der mangelnden internationalen Wettbewerbsfähigkeit und dem geringen Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der jeweiligen Regierung. Auch Korruption scheint ein wichtiges wirtschaftliches Problem in der Region zu sein, vor allem in *Russland* und *Armenien*. In *Russland* setzte sich der Abwärtstrend sowohl in den Beurteilungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation und in noch stärkerem Maße in den Konjunkturerwartungen fort. Die gegenwärtige Wirtschaftslage gilt nach Ansicht der WES-Experten als ungünstig. Vor allem Investitionen zeigen sich als schwach, während der private Konsum zufriedenstellend läuft. Hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Monaten drückten die befragten Teilnehmer noch mehr Vorsicht aus als in der vorangegangenen Umfrage. In der *Ukraine* und in *Armenien* liegen die Bewertungen der aktuellen Wirtschaftslage – wie in der vorherigen Umfrage – auf einem ungünstigen Niveau. In beiden Ländern erwarten die befragten Experten eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftsleistung in den nächsten sechs Monaten. Auch in *Kirgisien* wird die gegenwärtige wirtschaftliche Situation als schwach be-

Box 2**Ausblick auf das mittelfristige Wirtschaftswachstum weitgehend unverändert**

Im Durchschnitt aller in der Umfrage einbezogenen 120 Länder wird in den nächsten drei bis fünf Jahren ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2,6% erwartet¹; vor einem Jahr lag dieser Wert mit 2,5% nur geringfügig darunter (vgl. Tab. 2). Während jedoch die mittelfristige Wachstumsprognose in *Europa* und in *Asien* im Vergleich zum Vorjahr generell etwas nach oben revidiert wurde, gab es entgegengesetzte Tendenzen in den *GUS-Ländern*, *Lateinamerika* und *Afrika*. In *Nordamerika*, *Ozeanien* und im *Nahen Osten* erfolgten keine wesentlichen Änderungen im Vergleich zu der Umfrage vor einem Jahr. Generell sind wie bisher die Wachstumsraten in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen höher als in Hochlohnländern, jedoch sind die Unterschiede in den Wachstumsraten zwischen Industrie- und Schwellenländern nicht mehr ganz so stark ausgeprägt wie in früheren Umfragen.

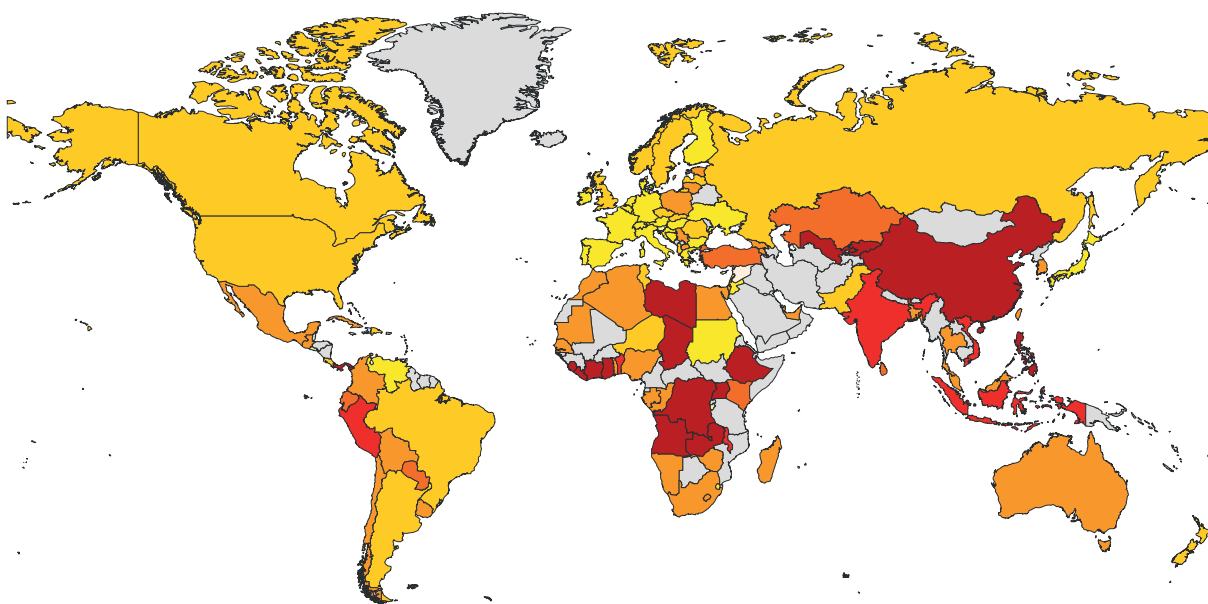
Die höchsten mittelfristigen Wachstumsraten werden mit durchschnittlich 3,8% im *Nahen Osten* und 3,7% in *Asien* erwartet. In *Afrika* wird ein durchschnittliches Wachstum von rund 3,6% prognostiziert. Zu den am schnellsten wachsenden Ländern in *Asien* zählen wieder einmal *China* (unverändert bei geschätzten 6,8% p.a.), *Vietnam* (5,3% versus 4,7%), *Indonesien* (unverändert 5,6%), die *Philippinen* (mit geschätzten 6,3% deutlich stärker als mit rund 4,4% vor einem Jahr) und *Indien*, dessen durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von den WES-Experten von 6,4% im Jahr 2012 auf 5,6% nach unten revidiert wurde. Innerhalb *Afrikas* wird die jährliche durchschnittliche Expansionsrate in *Libyen*, *Angola*, *Tschad*, *Dem. Republik Kongo*, *Äthiopien*, *Ghana*, *Elfenbeinküste*, *Liberia*, *Sierra Leone*, *Uganda* und *Sambia* zwischen 6,0% und 10,0% liegen.

In *Lateinamerika* wurde das mittelfristige Wachstumspotenzial weniger stark als in früheren Erhebungen eingeschätzt. Dies liegt vor allem an den erwarteten niedrigeren durchschnittlichen jährlichen BIP-Raten von *Brasilien* (2,6%), *Argentinien* (2,6%), *Kolumbien* (3,9%) und *Chile* (3,8). Nur wenige Länder in der Region dürften an die bisherigen Wachstumserfolge der letzten Jahre anknüpfen, z.B. *Mexiko* (3,4%), *Peru* (5,0%), *Uruguay* und *Guatemala* (beide 3,8%).

In den *GUS-Staaten* ist die geschätzte durchschnittliche jährliche BIP-Expansion weit niedriger als vor einem Jahr (2,5% gegenüber 3,4% im Vorjahr). Vor allem in *Russland* (2,1% vs. 3,2%) und in der *Ukraine* (1,5% gegenüber 2,6%) revidierten die Befragten ihre Mittelfristprognose nach unten.

In *Nordamerika* und *Ozeanien* bleiben die geschätzten Wachstumsraten im Aggregat bei 2,3% bzw. 3,5% im Vergleich zur Vorjahres-schätzung weitgehend stabil. In einzelnen Ländern, wie *Kanada* (2,7% gegenüber 2,4%) und *Neuseeland* (2,8% versus 1,9%), werden allerdings teilweise erheblich höhere Wachstumsraten als vor einem Jahr erwartet.

¹ Es handelt sich hierbei um Zuwachsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in den jeweiligen Ländern, zusammengewichtet mit dem jeweiligen Länderanteil am Welthandel. Diese Zahlen sind nicht vergleichbar mit Angaben für das Wachstum der Weltwirtschaft, bei denen Kaufkraftparitäten bei der Gewichtung zugrunde liegen, wie dies z.B. bei Schätzungen des IWF üblich ist.

Erwartete durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in den nächsten 3 bis 5 Jahren**BIP**

Keine Daten	1,0 - 1,9%	4,0 - 4,9%
< 0,0%	2,0 - 2,9%	5,0 - 5,9%
0,0 - 0,9%	3,0 - 3,9%	> 6,0%

Fortsetzung Box 2:

Auf dem mittleren Rang steht *Mittel- und Osteuropa* mit einer geschätzten mittelfristigen Wachstumsprognose von 2,4%. Über dem regionalen Durchschnitt mit durchschnittlichen Wachstumsraten in den nächsten drei bis fünf Jahren zwischen 2,9% und 3,8% liegen den WES-Experten zufolge die Schätzungen für *Estland, Lettland, Litauen, Polen* und *Serbien*. Die von den Experten erwartete Expansion ist vor allem in der *Tschechischen Republik* (2,3%) und *Rumänien* (2,1%) deutlich positiver als vor einem Jahr.

In *Westeuropa* sind die befragten Experten hinsichtlich der mittelfristigen Wachstumsperspektiven für die nächsten drei bis fünf Jahre zuversichtlicher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (im Durchschnitt 1,5% nach 1,1%). In den krisengebeutelten Ländern des *Euroraums – Griechenland, Italien, Spanien* und *Portugal* – dürfte das durchschnittliche Wachstum wieder positiv(er) werden. *Außerhalb des Euroraums* und dort vor allem in *Großbritannien* (2,3% versus 1,4% vor einem Jahr) wird ein kräftigerer Output erwartet.

trachtet. Es gibt laut den befragten Experten keine Anzeichen, dass sich die Situation im nächsten halben Jahr zum Besseren ändert. *Kasachstan* und *Usbekistan* sind die einzigen Länder der Region, in denen derzeit eine zufriedenstellende Wirtschaftslage herrscht, die auch voraussichtlich in den kommenden Monaten anhalten dürfte.

In *Ozeanien* stieg der Wirtschaftsklimaindikator auf 108,0 (Vorquartal: 103,4) dank positiverer Konjunkturerwartungen. Dagegen verschlechterten sich die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Situation etwas. Dies gilt insbesondere für *Australien*: Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation wurde weniger positiv als im letzten Quartal beurteilt, bleibt aber insgesamt zufriedenstellend. Die Konjunkturerwartungen sind deutlich freundlicher als vor drei Monaten. Jedoch wird im nächsten halben Jahr eine Abschwächung bei den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen erwartet. Die WES-Experten hoben als momentan dringendste wirtschaftliche Probleme eine unzureichende Nachfrage und die mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit hervor. Letztere wird auch in *Neuseeland* als problematisch gesehen, wozu noch als weiteres Hindernis der Fachkräftemangel kommt. Abgesehen davon gab es nicht viel Veränderung im Wirtschaftsklima: Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation gilt weiterhin als günstig, und die wirtschaftlichen Aussichten bleiben positiv.

Das Wirtschaftsklima in *Lateinamerika* bleibt im Vergleich zur Umfrage im Vorquartal unverändert. Während die gegenwärtige Situation etwas schlechter beurteilt wurde, hellten sich die Konjunkturerwartungen im Gegenzug auf. Als Ergebnis bleibt der Indikator konstant bei 79,6, was aber weit unter seinem langfristigen Durchschnitt (1997–2012: 92,7) liegt. Mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie ein geringes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung gelten als die derzeit wichtigsten wirtschaftlichen Probleme dieser Region. *Argentinien, Venezuela* und *Uruguay* leiden außerdem unter einer hohen Inflationsrate. In *Brasilien* bewegen sich die Einschätzungen zur aktuellen Wirtschaftslage – trotz einer leichten Verbesserung gegenüber der Juli-Umfrage – unter dem zufriedenstellenden Niveau. Bau- und Ausrüstungsinvestitionen werden erneut als besonders schwach empfunden. Der wirtschaftliche Ausblick ist etwas positiver als vor drei Monaten, signalisiert dennoch keine großen Veränderungen zum Besseren in den

kommenden sechs Monaten. In *Mexiko*, dem wirtschaftlich zweitwichtigsten Land in der Region, verschlechterte sich die derzeitige Wirtschaftslage nach Meinung der WES-Experten deutlich und gilt nun als ungünstig. Auch aus *Argentinien* gibt es keine positiven Nachrichten, und die Wirtschaft bleibt schwach, insbesondere im Hinblick auf Investitionen. In beiden Ländern wird keine wesentliche Verbesserung innerhalb der nächsten sechs Monate erwartet. In *Argentinien* warnen die Umfrageteilnehmer vor einer steigenden Inflationsrate in den kommenden Monaten und der Fortsetzung der *Peso*-Abwertung. In *Venezuela, El Salvador, Guatemala, Costa Rica* und der *Dominikanischen Republik* berichten die WES-Experten vor einer schwachen wirtschaftlichen Leistung. Die Mehrheit der befragten Experten in *Venezuela, Costa Rica* und *Guatemala* sehen keine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den nächsten sechs Monaten, während in *El Salvador* und der *Dominikanischen Republik* die wirtschaftlichen Aussichten positiv sind. In *Bolivien, Chile* und *Ecuador* wird die gegenwärtige wirtschaftliche Situation weit freundlicher als in den anderen *lateinamerikanischen* Ländern bewertet. In *Paraguay, Peru* und *Uruguay* wird die aktuelle Lage ebenfalls als günstig angesehen, trotz einer leichten Korrektur nach unten gegenüber der letzten Umfrage. Die künftigen wirtschaftlichen Erwartungen betreffend, gibt es jedoch unterschiedliche Entwicklungen in diesen Ländern: Während in *Bolivien, Paraguay* und *Peru* die aktuell guten wirtschaftlichen Bedingungen voraussichtlich bestehen bleiben dürften, erwarten die befragten Experten in *Chile, Ecuador* und *Uruguay* eine Verschlechterung in den nächsten sechs Monaten. In *Kolumbien, Kuba* und *Panama* herrscht eine zufriedenstellende derzeitige wirtschaftliche Situation, die sich voraussichtlich in den nächsten sechs Monaten auf diesem guten Niveau halten dürfte.

Im *Nahen Osten* ist der Wirtschaftsklimaindikator von 95,5 auf 87,7 zwar gesunken, liegt aber weiterhin über seinem langfristigen Durchschnitt von 84,9 (1997–2012). Die Urteile sowohl zur aktuellen wirtschaftlichen Lage als auch die Konjunkturerwartungen sind ungünstiger als vor drei Monaten. Dennoch wird die allgemeine Situation in der Mehrheit der Länder dieser Region, wie in *Israel, Jordanien, Katar* und den *Vereinigten Arabischen Emiraten*, weiterhin als gut bewertet. In der *Türkei* ist die Wirtschaftslage den WES-

Tab. 2
Wachstumserwartungen des realen Bruttoinlandsprodukts für die nächsten drei bis fünf Jahre
(in %, im Oktober 2013 und Oktober 2012)

Region	IV/2013	IV/2012	Region	IV/2013	IV/2012
Durchschnitt der Länder^{a)}	2,6	2,5	Nordamerika	2,3	2,3
Hochlohnländer	2,2	1,9	Kanada	2,7	2,4
Mittl. Einkommensniveau	4,0	4,2	USA	2,2	2,3
oberes Mittel	3,6	3,8	Ozeanien	3,5	3,4
unteres Mittel	4,8	5,2	Australien	3,6	3,6
Niedriglohnländer	4,6	5,8	Neuseeland	2,8	1,9
EU (28 Länder)	1,6	1,2	Lateinamerika	3,2	3,6
EU (alte Mitglieder) ^{b)}	1,4	1,1	Argentinien	2,6	3,3
EU (neue Mitglieder) ^{c)}	2,4	2,2	Bolivien	3,8	4,1
Euroraum ^{d)}	1,3	1,0	Brasilien	2,6	3,7
Westeuropa	1,5	1,1	Chile	3,8	4,2
Belgien	1,3	1,0	Costa Rica	2,7	(3,8)
Dänemark	1,3	1,6	Dominikanische Republik	2,7	4,7
Deutschland	1,4	1,3	Ecuador	4,1	3,8
Finnland	1,5	1,5	El Salvador	0,5	1,5
Frankreich	1,3	0,9	Guatemala	3,8	3,3
Griechenland	1,2	0,0	Kolumbien	3,9	4,3
Irland	1,7	1,1	Kuba	(3,8)	–
Italien	1,2	0,8	Mexiko	3,4	3,4
Luxemburg	1,5	1,9	Panama	(6,5)	–
Malta	(3,5)	(1,5)	Paraguay	4,0	4,5
Monaco	2,7	1,5	Peru	5,0	5,2
Niederlande	1,3	1,1	Uruguay	3,8	3,5
Norwegen	2,7	2,6	Venezuela	1,4	3,1
Österreich	1,2	1,1	Nahe Osten	3,8	3,9
Portugal	1,0	–0,2	Israel	3,8	3,7
Schweden	2,0	2,1	Jordan	(1,5)	–
Schweiz	1,4	1,5	Libanon	2,7	5,2
Spanien	1,0	0,1	Katar	(3,8)	(5,5)
Vereinigtes Königreich	2,3	1,4	Syrien	(–1,5)	(–1,5)
Zypern	0,0	0,8	Türkei	4,1	4,1
Mittel- und Osteuropa	2,4	2,2	Vereinig. Arab. Emirate	3,8	4,7
Albanien	2,1	2,5	Afrika	3,6	4,0
Bosnien und Herzegowina	1,5	1,7	Nördliches Afrika	3,4	3,6
Bulgarien	1,9	2,1	Ägypten	3,3	3,3
Estland	3,8	3,8	Algerien	3,6	3,8
Kroatien	1,5	1,6	Libyen	(7,0)	(6,0)
Lettland	2,9	3,9	Marokko	(3,8)	(3,8)
Litauen	3,8	3,9	Tunesien	2,9	3,4
Mazedonien	3,8	–	Subsaharisches Afrika	3,7	4,3
Polen	3,3	3,3	Angola	(7,0)	(6,0)
Rumänien	2,1	1,4	Äthiopien	(8,0)	(6,0)
Serbien	3,0	3,2	Benin	5,5	3,8
Slowakei	2,5	2,6	Burundi	0,0	1,9
Slowenien	0,5	0,4	Elfenbeinküste	(8,0)	(6,0)
Tschechien	2,3	1,7	Gabun	(3,8)	(3,8)
Ungarn	1,5	1,2	Ghana	(7,0)	(7,0)
GUS	2,5	3,4	Kenia	4,5	4,7
Armenien	3,8	3,7	Komoren	3,8	1,5
Kasachstan	4,9	5,1	Kongo Demokratische Rep.	8,0	7,4
Kirgisien	(6,0)	3,0	Kongo Rep.	3,8	–
Russland	2,1	3,2	Lesotho	3,8	3,8
Ukraine	1,5	2,6	Liberia	7,9	9,0
Usbekistan	(7,5)	(6,5)	Madagaskar	3,2	2,1
Asien	3,7	3,5	Malawi	(5,0)	(6,0)
Bangladesch	3,8	6,7	Mauretanien	3,8	3,8
China	6,8	6,8	Mauritius	3,8	4,2
Hongkong	3,7	3,8	Namibia	3,8	3,8
Indien	5,6	6,4	Niger	2,7	6,8
Indonesien	5,6	5,8	Nigeria	3,3	5,2
Japan	1,4	1,0	Sambia	6,6	6,7
Malaysia	3,4	3,6	Senegal	(3,8)	(3,8)
Pakistan	2,9	3,2	Sierra Leone	9,4	13,1
Philippinen	6,3	4,4	Simbabwe	3,0	5,6
Singapur	(3,8)	(1,5)	Südafrika	3,2	3,5
Sri Lanka	4,9	6,3	Sudan	1,4	2,7
Südkorea	3,4	3,7	Swasiland	1,5	0,0
Taiwan	3,1	3,1	Togo	(3,8)	(3,8)
Thailand	3,5	3,9	Tschad	(6,0)	(7,5)
Vietnam	5,3	4,7	Uganda	6,3	(3,8)

^{a)} Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. – ^{b)} Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. – ^{c)} Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ^{d)} Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – () Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2013 und IV/2012.

Experten zufolge zufriedenstellend. Sie betrachten hier Arbeitslosigkeit und Kapitalknappheit als die derzeit dringendsten wirtschaftlichen Probleme. In allen Ländern bleibt der wirtschaftliche Ausblick positiv, außer in *Israel*, wo die befragten Experten weiterhin Vorsicht im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung zum Ausdruck bringen. Im *Libanon* und *Syrien* wird von einer schwachen Wirtschaftsleistung berichtet. Auch im Laufe der nächsten sechs Monate erwarten die befragten Experten in beiden Ländern keine nennenswerte Verbesserung.

In den nordafrikanischen Ländern änderte sich das Wirtschaftsklima in diesem Quartal kaum. Wie in der vorherigen Umfrage wird die derzeitige wirtschaftliche Situation von den WES-Experten in *Algerien*, *Libyen* und *Marokko* als zufriedenstellend betrachtet und dürfte so auch in den nächsten sechs Monaten bleiben. In *Ägypten* und *Tunesien* dagegen beurteilten sie die gegenwärtige wirtschaftliche Situation erneut als schwach. Während die WES-Experten in *Ägypten* erheblich positiver im Hinblick auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung gestimmt sind, bleiben die Konjunkturerwartungen für *Tunesien* vorsichtig und deuten keine großen Verbesserungen im Laufe der nächsten sechs Monate an. Die am häufigsten genannten wirtschaftlichen Probleme in den Ländern im Norden *Afrikas* sind Arbeitslosigkeit sowie Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit und an qualifizierten Arbeitskräften. In *Südafrika* bleibt das Wirtschaftsklima eingetrübt. Die aktuelle wirtschaftliche Lage wird erneut als ungünstig beurteilt. Die Konjunkturerwartungen wurden herabgestuft, und die WES-Experten erwarten nicht, dass sich die Situation in den nächsten sechs Monaten verbessern wird.

Inflationserwartungen unverändert

Weltweite Trends

Für das Gesamtjahr 2013 erwarten die WES-Experten im weltweiten Durchschnitt weiterhin einen Preisanstieg von 3,2% (vgl. Tab. 3). Dieser Wert ist geringfügig niedriger, als zu Anfang des Jahres erwartet worden war (3,3%) und liegt unter der Inflationsrate im Jahre 2012 (3,6%). Während sich in den Industrieländern der Preisanstieg weiter abschwächt, nimmt er im Durchschnitt der Schwellenländer, vor allem in *Lateinamerika*, zu.

Inflationstrends nach ausgewählten Ländern

Die von den WES-Experten für den **Euroraum** erwartete Inflationsrate 2013 beträgt unverändert 1,7% und liegt damit unter dem Wert, der zu Jahresanfang erwartet worden war (2,1%). Die niedrigsten Inflationsraten im **Euroraum** werden nach der jüngsten Umfrage für das Jahr 2013 in den »Euro-Krisenländern« *Griechenland* (-0,1%), *Irland* (1,0%) sowie

Portugal und *Zypern* (1,1% bzw. 0,7%) erwartet. In *Deutschland* wird den WES-Experten zufolge die Inflationsrate in diesem Jahr 1,8% betragen, nachdem zu Jahresanfang und auch noch im April eine Rate von 2,0% für wahrscheinlich gehalten wurde. Über dem Durchschnitt des **Euroraums** werden nach Ansicht der Umfrageteilnehmer die Inflationsraten in diesem Jahr vor allem in *Estland* (3,3%) und zu einem geringeren Maße auch in den *Niederlanden* (2,4%) und in *Slowenien* (2,1%) liegen.

In **Westeuropa außerhalb des Euroraums** werden weiterhin das *Vereinigte Königreich* (3,0%) das obere Ende und die *Schweiz* (0,3%) das untere Ende der Preisskala bilden.

In **Mittel- und Osteuropa** haben sich die Preiserwartungen für 2013 seit Jahresanfang deutlich zurückgebildet (von 3,3% im Januar und 2,4% im Juli auf nun 2,2%). Tendenziell trifft diese Aussage für alle in dieser Region erfassten Länder zu. Niedriger als im Durchschnitt der Region sind die Inflationsschätzungen der WES-Experten für 2013 weiterhin vor allem in *Polen* (1,7%). Die höchste Inflationsrate in der Region wird nach wie vor von den befragten Wirtschaftsexperten in *Serbien* erwartet (6,0%), was aber trotzdem eine Verbesserung gegenüber dem Inflationsausblick zu Jahresmitte (9,8%) darstellt.

In **Nordamerika** liegt die sich für 2013 abzeichnende Inflationsrate unverändert bei 1,9%, und zwar bei 2,0% für die *USA* und bei 1,5% für *Kanada*.

In **Asien** sind die Preiserwartungen für 2013 weiter leicht gestiegen (auf 3,4% nach erwarteten 3,2% im Juli und 3,1% im April). Dies lag hauptsächlich an den höheren Inflationserwartungen in *Indonesien* (8,3% nach erwarteten 7,7% im Juli und 6,3% im April) und *Pakistan* (12,1% nach 9,6% erwarteter Inflation im Juli). Im Gegensatz hierzu wurden die Inflationserwartungen in *Sri Lanka* (von 9,1% auf 8,5%) und in *Vietnam* (von 6,7% auf 6,2%) leicht nach unten korrigiert. In anderen *asiatischen* Ländern änderten sich die Inflationserwartungen nur wenig, so in *China* von 3,1% auf 3,4%, in *Indien* von 7,0% auf 7,1%, in *Südkorea* von 2,2% auf nunmehr 2,5% und in *Hongkong* von 3,7% auf 3,6%, oder bleiben gänzlich unverändert wie in *Thailand* (3,2%).

Die niedrigsten Inflationsraten in der Region werden weiterhin in *Taiwan* (1,3%) und in *Japan* (0,6%) erwartet. In *Japan* ist es offensichtlich gelungen, mit einer stark expansiven Geldpolitik den deflationären Trend der vergangenen Jahre zu stoppen. Das mittelfristige Inflationsziel der neuen *japanischen* Regierung in Höhe von ca. 2% ist aber bei weitem noch nicht erreicht.

In **Ozeanien** bleiben die Inflationserwartungen für 2013 unverändert bei 2,4%, mit 2,5% in *Australien* und 1,6% in *Neuseeland*.

Tab. 3
Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2013 (im Oktober und Juli 2013)

Region	IV/2013	III/2013	Region	IV/2013	III/2013
Durchschnitt der Länder^{a)}	3,2	3,2	Nordamerika	1,9	1,9
EU (28 Länder)	1,9	1,8	Kanada	1,5	1,5
EU (alte Mitglieder) ^{b)}	1,8	1,8	USA	2,0	2,0
EU (neue Mitglieder) ^{c)}	2,1	2,2	Lateinamerika	9,2	8,5
Euroraum ^{d)}	1,7	1,7	Argentinien	26,0	27,0
Westeuropa	1,8	1,7	Bolivien	5,9	5,0
Belgien	1,3	1,4	Brasilien	5,8	6,2
Dänemark	1,2	1,3	Chile	2,6	2,4
Deutschland	1,8	1,8	Costa Rica	5,4	5,9
Finnland	1,8	2,0	Dominikanische Republik	5,0	5,6
Frankreich	1,2	1,1	Ecuador	3,6	4,3
Griechenland	-0,1	0,1	El Salvador	1,5	1,8
Irland	1,0	1,4	Guatemala	4,8	5,4
Italien	1,7	1,8	Kolumbien	2,7	2,8
Luxemburg	1,9	1,5	Kuba	(2,5)	-
Malta	(2,2)	-	Mexiko	3,9	4,4
Monaco	1,8	2,3	Panama	(6,0)	(5,0)
Niederlande	2,4	2,3	Paraguay	4,7	4,5
Norwegen	2,6	1,6	Peru	2,9	2,6
Österreich	2,1	2,1	Uruguay	8,6	8,0
Portugal	1,1	1,4	Venezuela	47,0	38,3
Schweden	0,9	0,9	Ozeanien	2,4	2,4
Schweiz	0,3	0,2	Australien	2,5	2,5
Spanien	1,9	2,0	Neuseeland	1,6	1,7
Vereinigtes Königreich	3,0	2,7	Naher Osten	3,9	4,3
Zypern	0,7	1,0	Israel	2,4	2,1
Mittel- und Osteuropa	2,2	2,4	Katar	(3,5)	(3,5)
Albanien	3,0	3,0	Libanon	(7,0)	(6,8)
Bosnien und Herzegowina	1,8	2,2	Syrien	(50,0)	-
Bulgarien	2,6	2,7	Türkei	7,6	7,6
Estland	3,3	3,3	Vereinigte Arabische Emirate	1,6	2,2
Kroatien	2,6	2,8	Afrika	7,8	7,5
Lettland	1,9	2,5	Nördliches Afrika	6,5	5,7
Litauen	1,8	2,4	Ägypten	10,9	10,5
Mazedonien	3,0	2,5	Algerien	5,0	(4,2)
Polen	1,7	1,5	Libyen	(4,0)	(6,0)
Rumänien	3,8	4,3	Marokko	(3,0)	(3,0)
Serbien	6,0	9,8	Tunesien	7,5	5,2
Slowakei	1,8	2,1	Subsaharisches Afrika	8,7	8,7
Slowenien	2,1	2,1	Angola	(9,0)	(9,0)
Tschechien	1,8	1,8	Äthiopien	(10,0)	8,0
Ungarn	2,4	2,6	Benin	3,7	4,0
GUS	6,9	8,1	Burundi	(20,0)	21,0
Armenien	8,0	7,8	Ghana	(11,0)	(11,0)
Kasachstan	6,6	6,6	Kenia	7,8	6,6
Kirgisien	(5,0)	9,0	Komoren	4,7	3,3
Russland	7,1	7,6	Kongo Demokratische Rep.	1,4	2,7
Ukraine	5,4	4,7	Kongo Rep.	3,4	(3,0)
Usbekistan	(13,2)	(16,5)	Lesotho	6,2	5,9
Weißrussland	-	(18,0)	Liberia	7,6	7,7
Asien	3,4	3,2	Madagaskar	7,6	8,1
Bangladesch	8,0	7,6	Malawi	(18,0)	(30,0)
China	3,4	3,1	Mauretanien	6,5	7,0
Hongkong	3,6	3,7	Mauritius	3,6	4,5
Indien	7,1	7,0	Namibia	6,3	6,2
Indonesien	8,3	7,7	Niger	2,9	2,5
Japan	0,6	0,4	Nigeria	9,9	10,4
Malaysia	3,6	2,9	Sambia	8,0	8,2
Pakistan	12,1	9,6	Sierra Leone	9,8	10,8
Philippinen	3,1	3,3	Simbabwe	2,7	3,6
Singapur	(3,0)	3,5	Südafrika	6,3	6,2
Sri Lanka	8,5	9,1	Sudan	43,8	38,8
Südkorea	2,5	2,2	Swasiland	6,6	6,7
Taiwan	1,3	1,5	Togo	(2,7)	(3,0)
Thailand	3,2	3,2	Tschad	(5,2)	(5,2)
Vietnam	6,2	6,7	Uganda	6,4	-

^{a)} Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. – ^{b)} Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. – ^{c)} Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ^{d)} Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – () Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2013 und III/2013.

In Lateinamerika sind die Preiserwartungen für 2013 weiter gestiegen (von 8,5% auf nunmehr 9,2%). Der Grund hierfür waren hauptsächlich die nochmals deutlich verschlechterten Inflationsspektiven für *Venezuela* (47,0% nach 38,3% im Juli) und *Uruguay* (8,6% versus 8,0% im Juli). In den meisten anderen lateinamerikanischen Ländern bleibt der Inflationsspektiv unverändert oder besserte sich sogar wie z.B. in *Brasilien* (5,8% nach zuvor 6,2%), *Mexiko* (3,9% nach vorher 4,4%) oder selbst im Hochinflationsland *Argentinien* (26,0% nach vorher 27,0%).

In den GUS-Staaten bildeten sich die Inflationserwartungen für 2013 etwas zurück (6,9% nach 8,1% im Juli). Niedriger als im Durchschnitt der Region ist die Inflationsprognose der WES-Experten weiterhin für die *Ukraine*, auch wenn sie gegenüber der vorangegangenen Umfrage im Juli etwas angehoben wurde (von 4,7% auf 5,4%). Nahe am Durchschnittswert der Region liegen die Inflationsschätzungen für *Russland* (7,1% nach erwarteten 7,6% im Juli) und *Kasachstan* (unverändert 6,6%). Deutlich schlechter als im Durchschnitt in der Region werden weiterhin die Inflationsspektiven für *Usbekistan* eingeschätzt (13,2%).

Im Nahen Osten sind die Inflationserwartungen für 2013 leicht gesunken (von 4,3% auf 3,9%). Dies lag vor allem an den *Vereinigten Arabischen Emiraten*, wo die Inflationsschätzung für 2013 von den WES-Experten deutlich zurückgenommen wurde (von 2,2% im Juli auf lediglich 1,6% im Oktober). In der *Türkei* bleibt die Inflationsschätzung der WES-Experten für 2013 unverändert bei 7,6%, und in *Israel* erhöhte sie sich leicht von 2,1% auf 2,4%.

In Afrika ergibt sich nach wie vor ein sehr heterogenes Bild bei den Inflationstendenzen: Relativ niedrige Inflationsraten (unter 4%) werden für 2013 weiterhin in der *Demokratischen Republik Kongo* (1,4%), in *Togo* und *Simbabwe* (jeweils 2,7%), im *Niger* (2,9%), in der *Elfenbeinküste* und in *Marokko* (jeweils 3,0%), in *Gabun* (3,2%), in *Kongo-Brazzaville* (3,4%) und in *Benin* (3,7%) erwartet. In einem Mittelfeld (zwischen 4 und 9%) liegen die für 2013 prognostizierten Inflationsraten weiterhin in der Mehrheit der untersuchten afrikanischen Länder, so in *Algerien* (5,0%), *Lesotho* (6,2%), *Namibia* und *Südafrika* (jeweils 6,3%), *Mauretanien* (6,5%), *Swasiland* (6,6%), *Tunesien* (7,5%) und *Kenia* (7,8%). Hohe Inflationsraten von über 9% dürften auch in diesem Jahr besonders im *Sudan* (43,8%), *Burundi* (20,0%) sowie *Malawi* (18,0%) und zu einem etwas geringeren Grade auch in *Nigeria* (9,9%), *Ägypten* (10,9%), *Sierra Leone* (9,8%), *Äthiopien* (10,0%) und *Ghana* (11,0%) vorherrschen.

WES-Experten erwarten weiterhin einen Anstieg der langfristigen Zinsen

Im weltweiten Durchschnitt ist die Erwartung sinkender kurzfristiger Zinsen seit kurzem von einem erwarteten tenden-

ziellen Zinsanstieg im Laufe der nächsten Monate abgelöst worden. Noch ausgeprägter ist die erwartete Aufwärtstendenz weiterhin bei den langfristigen Zinsen, wenn auch weniger ausgeprägt als in der vorangegangenen Umfrage (vgl. Abb. 4). Der *Euroraum* unterscheidet sich hinsichtlich der Zinsperspektiven insgesamt nur wenig vom Weltdurchschnitt. Allerdings wird in einigen Euro-Krisenländern wie *Griechenland*, *Portugal* und *Spanien* weiter mit einem weiteren Rückgang der langfristigen Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet. Der erwartete Zinsanstieg am kurzen und vor allem am langen Ende ist besonders stark ausgeprägt in *Nordamerika*, in den *USA* wie in *Kanada* gleichermaßen. Zu den wenigen Ausnahmen, wo der Zinstrend in den nächsten Monaten nach Ansicht der WES-Experten weiter nach unten zeigen wird, gehören *Vietnam*, einige mittel- und osteuropäische Länder wie *Albanien*, *Rumänien* sowie *Bulgarien* und *Ungarn*, wobei in den letztgenannten zwei Fällen dies nur im Hinblick auf die kurzfristigen Zinsen gilt. Rückläufige Zinsen werden im kommenden halben Jahr auch in *Russland* und in der *Ukraine*, in *Chile* sowie auch in einigen afrikanischen Ländern (*Ägypten*, *Kongo-Brazzaville Rep.*, *Niger* und *Sierra Leone*) erwartet.

Wert des US-Dollar wird steigen

Im weltweiten Durchschnitt wird der *US-Dollar* – wie schon in der vorangegangenen Umfrage – von den WES-Experten nahe bei seinem Gleichgewichtskurs gesehen. Der *japanische Yen* wird nach der erfolgten deutlichen Abwertung mittlerweile von den WES-Experten als etwas unterbewertet eingestuft. Der *Euro* und das *britische Pfund* gelten dagegen weiterhin als etwas überbewertet (vgl. Abb. 5).

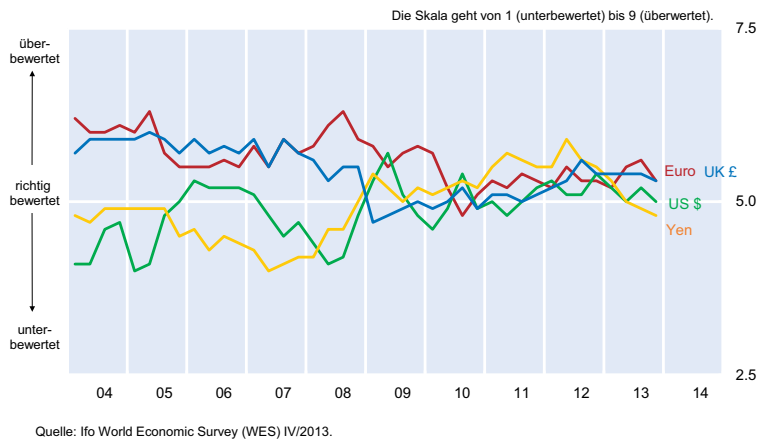
Nach Ländern differenziert, ergeben sich jedoch deutliche Abweichungen von diesem Gesamtbild: Als unterbewertet gilt die eigene Landeswährung nach Ansicht der befragten WES-Experten in den *USA* und *Australien* – in beiden Ländern jedoch nicht im Hinblick auf den *Yen* – in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern wie *Bosnien-Herzegowina* und *Rumänien*, in einigen Ländern Afrikas wie *Südafrika*, *Sambia*, *Mauritius* und *Sierra Leone*. Auch in ein paar asiatischen Ländern (*China* und *Indien*) wird die eigene Währung nach wie vor als generell unterbewertet eingeschätzt. Zu dieser Gruppe von Ländern gehört seit Kurzem auch *Japan*, wo die WES-Experten eine Unterbewertung des *Yen* in Relation zum *US-Dollar* und zum *Euro* konstatieren. Im Gegensatz dazu sehen die WES-Experten ihre eigene Währung als überbewertet in *Malaysia*, *Indonesien* und *Südkorea*, in einigen nordafrikanischen Ländern wie *Ägypten* und *Tunesien*, in lateinamerikanischen Ländern wie *Argentinien* und *Uruguay* sowie schließlich auch in der *Ukraine*. Im *Euroraum* betrachten die befragten Experten in *Frankreich*, *Finnland* und *Slowenien* den *Euro* als überbewertet gegenüber dem *US-Dollar*, dem *Yen* und dem *britischen Pfund*.

Abb. 4
Kurz- und langfristige Zinsen
 Erwartungen für die nächsten sechs Monate



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2013.

Abb. 5
Währungsbeurteilung



Auf die zusätzliche Frage nach der Entwicklung des *Dollar-Kurses* in den nächsten sechs Monaten, unabhängig davon, wie die einzelnen Währungen fundamental eingeschätzt werden, ergab sich im Weltdurchschnitt wiederum ein insgesamt leicht steigender Wert des *US-Dollar*. Nach Ländern differenziert, liegen aber wiederum erhebliche Unterschiede vor: Ein erwarteter Wertzuwachs des *US-Dollar* dominiert zwar in der Mehrheit aller untersuchten Länder, ist aber besonders ausgeprägt in *Lateinamerika*, den *GUS-Staaten* und *Ozeanien*. Auch wenn der *japanische Yen* von den in *Japan* befragten WES-Experten mittlerweile als unterbewertet eingestuft wird, dürfte er ihrer Meinung nach gegenüber dem *US-Dollar* in den nächsten sechs Monaten als Folge der aggressiven Geldpolitik weiter abwerten. Auf der anderen Seite wird von den Wirtschaftsexperten in einigen Ländern mit einer Schwächung des *US-Dollar* gegenüber der einheimischen Währung gerechnet. Hierzu zählen einige *asiatische* Länder (z.B. *China* und *Südkorea*), einige *mittel- und osteuropäische* Länder (*Polen* und das künftige Euro-Mitgliedsland *Lettland*) sowie auch einige *afrikanische* Länder (*Namibia*, *Niger*, *Swasiland* und die *Komoren*).

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währung findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.